

Interpellation der ALG-Fraktion betreffend extremes Papier der Zentralschweizer Finanzdirektor:innen

Anfangs Jahr präsentierte die Zentralschweizer Regierungskonferenz ein Informationspapier [«Aufgaben- und Subventionsüberprüfung des Bundes - Sicht der Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz.»](#) Der Inhalt beinhaltete Aussagen zur Klima, Migrations und Aussenpolitik und führte zu breiter Kritik. Die Luzerner Regierung hielt fest, dass dieses Papier nicht die Meinung der Regierung widerspiegeln und auch die Finanzdirektion des Kantons Luzern distanzieren sich und betonte, an der eigenen Klimastrategie festzuhalten. Der Präsident der Zentralschweizer Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz distanzierte sich ebenfalls vom Inhalt dieses Papiers.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Im Papier steht: *«Die Kantone sollten den Bund bei seinen Sparbemühungen unterstützen durch den aktiven Verzicht auf Nice-to-have-Leistungen und nicht durch die Aufgabenverlagerung von einer Staatsebene zur anderen.»* Welche Bundesleistungen sind aus Sicht des Regierungsrates «Nice-to-Have»?
2. Aufgrund welcher fundierten Daten und Meinungen hat die Finanzdirektorenkonferenz bzw. die Zentralschweizer Regierungen die Aussage getätigt *«Ein signifikanter Zusammenhang, wonach die Schweizer Entwicklungshilfe zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung der jeweiligen Bevölkerung und einer Stärkung von Freiheit und Rechtsstaat geführt hätte, ist nicht ersichtlich.»*
3. Teilt der Regierungsrat die Haltung der Finanzdirektorenkonferenz, dass *«Die Entwicklungshilfe sollte substanziell reduziert und mit eigenen Interessen namentlich in der Asylpolitik verknüpft werden?»*
4. *«Die Schweiz muss die Zuwanderung aktiv steuern. Zusammen mit der EU, notfalls aber allein oder mit ausgewählten europäischen Ländern ist zudem die Asylpolitik radikal zu überdenken. Notfalls sind internationale Verträge aufzukündigen.»* Teilt der Gesamtregierungsrat diese Meinung?
5. Welche Effekte hätte die Aufkündigung des Schengen-Dublins Abkommens auf die Schweizer und Zugerische Wirtschaft?
6. *«Die Energiestrategie 2050 ist bereits heute gescheitert, weil der Strombedarf für die kernkraftfreie Kompensation der fossilen Energieträger mit erneuerbaren Energien auf absehbare Zeit nicht ansatzweise gedeckt werden kann.»* Teilt der Regierungsrat diese Meinung? Wie passen diese Aussagen mit den Legislaturzielen des Regierungsrates zusammen?
7. Wie sieht der Genehmigungsprozess solcher Papiere in der Zuger Regierung aus? Wurde das Papier im Regierungsrat diskutiert?